



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

Es informiert Sie Sylvia Meyer
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563-54 59
Fax (0202)
E-Mail Sylvia.Meyer@gruene-wuppertal.de
Datum 02.11.2016

Antrag

Drucks. Nr. VO/0846/16
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
09.11.2016	Hauptausschuss
14.11.2016	Rat der Stadt Wuppertal

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen - Sachstandsbericht für Wuppertal **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 990/DIE GRÜNEN vom 02.11.2016**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen in Wuppertal ist für uns alle ein wichtiges Anliegen.

Der Rat der Stadt Wuppertal hat sich zuletzt mit der Gesundheit von Asylbewerber*innen im März 2016 auseinandergesetzt. Er fasste den Beschluss, der Rahmenvereinbarung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge nicht beizutreten, weil die Wuppertaler Regelung weniger personalintensiv und preiswerter und darüber hinaus mit einem geringeren bürokratischen Aufwand verbunden ist. Das Verfahren ist auch für Asylbewerber*innen einfacher zu handhaben.

In der Vorlage VO/0030/16 erläuterte die Verwaltung auch, dass ca. 99% der ärztlichen Leistungen und die gesamte Notfallversorgung in der stationären Versorgung ohne weitere Genehmigungsverfahren erbracht werden, was größtenteils der Versorgung der Praxis der gesetzlichen Krankenkassen entspricht.

Die bedarfsgerechte medizinische und psychosoziale oder psychologische Versorgung von Flüchtlingen ist ein wichtiger Beitrag zur Integration.

Viele Menschen leiden nach ihrer Flucht vor Krieg, Terror oder Verfolgung unter gesundheitlichen Einschränkungen und sind häufig auch traumatisiert und benötigen eine entsprechende gesundheitliche und psychologische Versorgung.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um Vorlage eines Sachstandsberichtes über die momentanen Strukturen der medizinischen und psychologischen Versorgung von Flüchtlingen sowie um Vorschläge zur Verbesserung der bisherigen Situation, wo es notwendig ist.

Dabei sollen auch geschlechtsspezifische Aspekte und der Umgang mit sprachlichen Barrieren bei der Konsultation von Ärzt*innen sowie Psycholog*innen und

Psychotherapeut*innen berücksichtigt werden, denn gerade in der "sprechenden Medizin" ist der Einsatz von Sprach- und Kulturmittler*innen besonders wichtig.

Der Bericht soll auch dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, dem Integrationsrat und der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz vorgelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ilona Schäfer
Stadtverordnete

Marc Schulz
Fraktionsvorsitzender